

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Fehlende Investitionsmittel bleiben extremes Problem

Berlin, 20. März 2020 – Den Krankenhäusern fehlen auch 2020 mindestens drei Milliarden Euro für bestandserhaltene Investitionsfinanzierung. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Investitions-Analyse für das laufende Jahr 2020, die der GKV-Spitzenverband, der Verband der Privaten Krankenversicherung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft vorgelegt haben. Die Bundesländer, deren gesetzlicher Auftrag die Investitionsfinanzierung ist, decken mit den gezahlten Mitteln nur rund 50 Prozent der benötigten sechs Milliarden Euro ab.

Grundlage der bereits zum siebten Mal vorgelegten Analyse sind die Kalkulationen von 85 Krankenhäusern. In der Analyse werden die sogenannten Investitionsbewertungsrelationen jedem einzelnen Behandlungsfall zugeordnet. Aus dem sich ergebenden Verhältnis kann für jedes Krankenhaus ein Investitionsbedarf berechnet werden. Gleiches gibt es auch seit dem vergangenen Jahr für tagesbezogene Investitionsbewertungsrelationen für psychiatrisch-psychosomatische Kliniken. Diese werden in einem separaten Katalog veröffentlicht. Sowohl die Krankenversicherung als auch die Krankenhäuser sehen die Investitionsbewertungsrelationen als gute Grundlage für die Bundesländer an, um danach Investitionsmittel zu vergeben. Es braucht dringend eine verbindliche, gesetzliche Vorgabe, die notwendigen Mittel bereitzustellen. Gerade in Zeiten einer Pandemie und allgegenwärtigen Forderungen nach mehr Intensivbetten und besserer Ausstattung wird dies deutlich.

Hintergrund: Unzureichende Finanzierung der Investitionen

Krankenhäuser werden in Deutschland über zwei Säulen finanziert. Die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungen tragen die Betriebskosten, z. B. die Kosten für medizinische Leistungen und für Klinikpersonal. Die Bundesländer hingegen zeichnen für die Investitionen verantwortlich. In der Gesamtheit sind diese Investitionsmittel unzu-

reichend, auch wenn dies von Land zu Land unterschiedlich ist. Keine der vergangenen Krankenhausreformen hat daran etwas geändert.

Pressekontakt:

Deutsche Krankenhausgesellschaft

Pressestelle, Joachim Odenbach, Tel.: 030 39801-1020

GKV-Spitzenverband

Pressestelle, Ann Marini, Tel.: 030 206288-4201

PKV-Verband

Pressestelle, Stefan Reker, Tel.: 030 204589-44